

»ES IST
GESCHEHEN

9. November
1938–2020

UND
FOLGLICH

KANN ES
WIEDER GESCHEHEN.«

Primo Levi

82 Jahre nach den Novemberpogromen;
Solidarität mit den Opfern des
deutschen Antisemitismus und Rassismus!

- 01 Über diese Broschüre
- 02 Aufruf zu der Kundgebung am 9. November 2020
- 03 »Das ist keine herkömmliche „Gedenkpolitik“, das ist tätiger Antifaschismus.« – Ein Interview zu der Entstehung antifaschistischen Gedenkens in Moabit
- 04 Das Sammellager in der Synagoge Levetzowstraße – Ein Tatort der Shoah
- 05 Vom Schlussstrich zum Aufarbeitungsweltmeister – Die EAG über die deutsche Sehnsucht nach der Wiedergutwerdung
- 06 »Kultur hat in Deutschland schon immer die Zivilisation ersetzt« – Theorie, Kritik & Aktion über die Gedenkkultur in Deutschland
- 07 Prozessbeobachtung bleibt notwendig – democ. Zentrum Demokratischer Widerspruch e. V. über den Prozess zu den antisemitischen Anschlag in Halle
- 08 Antisemitische Verschwörungsideologie im Pandemiejahr 2020 – andere zustände ermöglichen über den aktuellen Aufschwung von Verschwörungsideologien
- 09 Gestohlene Stolpersteine, Bedrohungen und brennende Autos – Über die rechten Anschlagsserien in Neukölln

LIEBE ANTIFASCHIST_INNEN,

01

vor zwei Jahren am 9. November 2018 jährten sich die antisemitischen Novemberpogrome zum 80. Mal. Nunmehr im 28. Jahr zog an diesem Tag eine antifaschistische Gedenkdemonstration durch Moabit. Ihr Leitsatz sind die berühmt gewordenen Worte des Überlebenden Primo Levi aus seinem letzten Buch „Die Untergegangenen und die Geretteten“: Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.

Wir als Gruppen, die die Demonstration ins Leben gerufen oder aber über Jahre getragen haben, hatten den Jahrestag zum Anlass genommen, nicht nur für einen Rückblick, sondern auch für eine kritische Bestandsaufnahme und eine Diskussion über Perspektiven antifaschistischer Gedenkpolitik zum 9. November.

Die Geheime Staatspolizei nutzte die ehemalige Synagoge in Levetzowstraße zwischen Oktober 1941 und November 1942 als Sammellager. Sammellager, schreibt der Historiker Philipp Dinkelaker in seiner vor zwei Jahren erschienenen Dissertation über die Geschichte des Lagers, sind Internierungsorte in denen zur Deportation bestimmte Jüdinnen und Juden bzw. antisemitisch Verfolgte kurz vor ihrer Deportation (...) zusammengetrieben, registriert und ausgeplündert wurden. Am helllichten Tag wurden die Deportierten von dort aus unter den Augen der Moabiter_innen zu Fuß durch das Viertel zum Deportationsbahnhof an der Putlitzbrücke getrieben. Die Route unserer Demonstrationen orientierte sich an ihrem Weg.

Die Erinnerung an den 9. November 1938 als Auftakt zur Vernichtung wachzuhalten, ist heute wichtiger denn je. Der Phase der Reintegration alter NS-Eliten ist in eine Phase der demonstrativen Läuterung übergegangen. Die Verleugnungsgemeinschaft hat sich gewandelt zur stolzen Erinnerungsgemeinschaft, die für ihr Holocaustmahnmal beneidet werden will. An der Notwendigkeit einer radikalen Kritik an dieser deutschen Gedenkpolitik hat sich dadurch nichts geändert. Zumal die Angriffe auf das Shoah-Gedenken bis hinein in die Parlamente wieder zunehmen. Eine tatsächliche Aufarbeitung der Verbrechen und der gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Nationalsozialismus

hervorgebracht haben, hat es nie gegeben.

Der Antisemitismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft wird bestenfalls in historisierter Form thematisiert. Demgegenüber muss Antisemitismus als stets mobilisierbarer Teil deutscher Normalität benannt werden. Er äußert sich in trauriger Regelmäßigkeit in verschwörungsideologischen Bedrohungsfantasien, die auf den Demonstrationen der sogenannten Coronakritiker*innen in diesem Jahr viral gingen, in Dämonisierung des israelischen Staates oder ganz konkret in Schmiere-reien und körperlichen Angriffen und gipfelte jüngst in dem Attentat auf die Synagoge in Halle und der vorhergehenden Ignoranz der Sicherheitsbehörden – jüdisches Leben in Deutschland wird nicht ausreichend geschützt. Teil einer umfassenden Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen ist es auch, nicht zu verschweigen, dass Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Spektren verbreitet ist. Sich als Teil der (radikalen) Linken verstehenden Gruppen sind genauso wenig frei davon wie migrantische Communities. Dies gilt es festzustellen, ohne das Spiel der rassistischen Externalisierung des Antisemitismus als vermeintlich „Importgut“ mitzuspielen. Unsere Demonstration war geprägt von ihrer Entstehungsgeschichte Anfang der 1990er Jahre von Beginn an auch eine explizit antirassistische Demonstration gegen den brandschatzenden Volksmob, alte und neue Nazis, genauso wie gegen Sondergesetze und Asylrechtsverschärfungen.

Die antifaschistische Perspektive des „Nie wieder“ wird künftig ohne die Autorität und die emotionale Brücke der Zeitzeug_innen auskommen müssen, die als Redner_innen über lange Jahre die Gedenkkundgebung zum Auftakt unserer Demonstration geprägt haben. Wir werden den Weg mit möglichst vielen von euch dennoch weitergehen und hoffen diese Broschüre kann dazu eine anregende Lektüre sein.

AUCH NACH 82 JAHREN KEIN VERGESSEN! KEIN VERGEBEN!

Aufruf zur Gedenkkundgebung am 9. November 2020

02

»Dann kam die ‚Kristallnacht‘. Niemand wusste was Genaues ... wir wussten, sie würden irgendetwas tun, aber dass es annähernd so etwas geben würde wie die ‚Kristallnacht‘, hatte man sich in seinen schlimmsten Träumen nicht vorstellen können. Es war schrecklich. Die Situation veränderte sich von einem Moment zum Nächsten.«

**Benjamin Sommer,
Yad Vashem Archiv VD 1366.**



Am 9. November 1938 fanden die Novemberpogrome ihren Höhepunkt. Im deutschen Herrschaftsbereich wurden Jüdinnen*Juden vergewaltigt, inhaftiert, verschleppt und ermordet. Jüdische Geschäfte, Wohnungen, Gemeindegemeinschaften und Synagogen wurden geplündert, zerstört und in Brand gesetzt. Auf den Straßen entfesselte sich der deutsche antisemitische Terror, der in der Nacht staatlich angestoßen und orchestriert wurde. SA und SS führten unterstützt durch Polizei und Feuerwehr die Morde, Brandstiftungen und Verwüstungen an. Die nicht-jüdische Bevölkerung beteiligte sich an dem Pogrom oder stimmte mit ihrem Schweigen zu. Insgesamt wurden in den Tagen um den 9. November 1.300 Jüdinnen*Juden ermordet, über die Hälfte der Gebetshäuser und Synagogen in Deutschland, Österreich und dem annektierten Sudetenland wurden zerstört. Ab dem 10. November erfolgte die Deportation von 30.000 Jüdinnen*Juden in Konzentrationslager. Die Pogrome waren Wegbereiter für die Shoah.

Gedenken braucht den Angriff auf die herrschenden Verhältnisse

Fast täglich werden in Deutschland antisemitische Übergriffe gemeldet. Die Spitze des Eisbergs stellen hierbei der rechtsextreme Terroranschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) am Jom Kippur 2019 mit zwei Toten, der Brandanschlag auf die Kneipe "Morgen wird besser" in Berlin-Lichtenberg im August 2020 und der Angriff mit einem Spaten auf einen Besucher einer Synagoge in Hamburg zum Laubhüttenfest im Oktober diesen Jahres dar. Hinzu kommen etliche alltägliche antisemitische Äußerungen und Anfeindungen, die häufig unbeachtet bleiben.

Demgegenüber lautet die deutsche Selbsterzählung Antisemitismus existiere nur in historischer Form oder als importiertes Phänomen. Eine tatsächliche Aufarbeitung der Verbrechen und die daraus resultierende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Nationalsozialismus hervorgebracht haben, hat es nie gegeben. Die ermordeten Jüdinnen*Juden dienen den Deutschen lediglich als Fundament einer neuen nationalen Selbstvergewisserung und dem Gewinn der Erinnerungsweltmeisterschaft.

Die Coronapandemie hat den antisemitischen

und verschwörungsideologischen Bodensatz der deutschen Gesellschaft hochgespült – was vorher im kleinen Kreis gedacht wurde, wird inzwischen aggressiv auf die Straße getragen.

Dagegen stellen wir ein antifaschistisches Gedenken, das Erinnerung und gegenwärtige Gefahr autoritärer Strukturen zusammendenkt.

Unser Gedenken heißt:

- **Solidarität mit allen von Antisemitismus Betroffenen**
- **Solidarität mit Israel**
- **Keine Versöhnung mit Deutschland**
- **Gegen jeden Antisemitismus**

Gedenken in Zeiten der Pandemie

Wir wollen in unserem gemeinsamen antifaschistischen Gedenken, Handeln und Eingreifen nicht müde werden und auch dieses Jahr auf die Straße gehen! Daher werden wir dieses Jahr ausschließlich eine Kundgebung veranstalten. Weitere Informationen und Hintergründe findet ihr auch unter 9november.blogspot.eu

Kundgebung

9. November 2020

18.30 Uhr

**Mahnmal Levetzowstraße
Berlin-Moabit**

»DAS IST KEINE HERKÖMMLICHE »GEDENKPOLITIK«, DAS IST TÄTIGER ANTIFASCHISMUS.«

Ein Interview zu der Entstehung und Entwicklung der antifaschistischen Demonstration zum 9. November in Berlin-Moabit.

Als Autonome Neuköllner Antifa sind wir nun auch schon seit einigen Jahren an dem Bündnis beteiligt, das jedes Jahr zum 9. November eine Gedenkkundgebung und antifaschistische Demonstration zum Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 veranstaltet. Um mehr über die Entstehung der Gedenkveranstaltungen zu erfahren, haben wir ein Interview mit einem Aktivist*in geführt, der bis heute im antifaschistischen Bündnis aktiv ist und uns von den Anfängen, aber auch den Entwicklungen rund um die Kundgebung und Demonstration sowie ihre politische Ausrichtung berichtet.

» ES IST GESCHEHEN UND FOLGLICH KANN ES WIEDER GESCHEHEN. «

Primo Levi



Wann fand die erste 9. November-Demonstration in Moabit statt und was waren es damals für Umstände, die euch dazu veranlasst haben, eine regelmäßige antifaschistische Demo zum Jahrestag der Novemberpogrome ins Leben zu rufen?

Ihr habt euch bewusst entschieden, nach einer Gedenkkundgebung zu Beginn im Anschluss nicht schweigend zum damaligen Deportationsbahnhof zu ziehen, sondern als kämpferische Antifa-Demo. Was war und ist euer Gedanke dabei?

Rückblickend auf die letzten 30 Jahre: Wie hat sich das Gebiet durch das die Demo zieht verändert? Welche wesentlichen Entwicklungen haben die Demonstrationen geprägt? Sind euch einzelne Jahre besonders im Gedächtnis geblieben?

Die erste 9. November-Demonstration in Moabit fand 1990 statt. Sie startete am U-Bahnhof Turmstraße. Wir sind dann mit einem Kranz mit vielleicht 60 Personen auf dem Gehweg zum Deportationsmahnmal auf der Putlitzbrücke gelaufen. Organisiert wurde die Aktion vom „Antifaschistischen Aktionsbündnis Moabit“, einem lockeren Zusammenschluss linker Gruppen aus dem Bezirk. Wir wollten ein Jahr nach dem Mauerfall dem spürbar anwachsenden deutschen Nationalismus und der Überlagerung des Gedenkens an die Novemberpogrome durch Einheitsfeiern ausgerechnet am 9. November etwas entgegensetzen. Heraus kam dann ein Kiezspaziergang, der aber durchaus bei der Berliner Presse auf Interesse stieß, denn dieser Gedanke war neu. Dazu muss aber auch gesagt werden, dass damals das Gedenken an die Novemberpogrome auch nicht sehr verbreitet und bekannt war, weder in der Linken, noch beim Rest der deutschen Gesellschaft. Es fand bis zu dem Zeitpunkt hauptsächlich in den jüdischen Gemeinden statt. Ich denke, wir haben dazu beigetragen, den 9. November als Gedenktag an den „Auftakt zur Vernichtung der deutschen und europäischen Jüdinnen*Juden“ stärker in die (linke) Öffentlichkeit, aber auch in die Moabiter Kieze zu tragen.

Eigentlich wird umgekehrt ein Schuh daraus. Am Anfang stand die kämpferische antifaschistische Demonstration. Wir hatten in den 90ern eine aktive Republikaner-Fraktion in der BVV und die „Kameradschaft Beusselkiez“ auf der Straße. Von Moabiter Neonazis gingen wichtige Impulse für den Wahlkampf der NPD aus. Die rassistischen Pogrome der frühen 90er Jahre, Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber auch der antisemitische Sprengstoffanschlag auf das Mahnmal auf der Putlitzbrücke im August 1992. Eine Demonstration, die auch in Reaktion auf das alles organisiert wurde, musste unserer Meinung nach laut und kämpferisch sein. Gedenken heißt handeln – oder eben: Kein Vergessen, kein Vergeben. Und über 25 Jahre nach der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl und den sich heute immer noch mehrenden Angriffen auch auf Jüdinnen*Juden und jüdisches Leben, bleibt das für mich gültig. Dabei geht es uns auch um die Lebenden, nicht nur die Toten, daher rührt unser solidarisches Verhältnis zu Israel, aber auch das Starkmachen antirassistischer Positionen auf unserer Demonstration.

Ja, Moabit hat sich verändert, ist wohlhabender und bürgerlicher geworden. Damit ist auch eine bürgerliche Gedenkkultur hier eingezogen. Es gibt jetzt 367 Stolpersteine, die an ermordete Jüdinnen*Juden und Widerstandskämpfer*innen erinnern. Unser öffentliches Gedenken ist also schon lange nicht mehr exklusiv – gut so. Die größte 9. November Demonstration fand sicherlich 1992 unter dem Eindruck des rassistischen Pogroms von Rostock-Lichtenhagen statt. Da hatten viele Leute das Bedürfnis, auf die Straße zu gehen. Da waren 2000 Menschen bei unserer Demonstration. Am Tag zuvor hatten das offizielle Berlin, die Parteien und Verbände 300.000 Menschen zu einer Demonstration gegen „Ausländerfeindlichkeit“ mobilisiert. Viele trugen Transparente mit Losungen wie „Hände weg vom Asyl“ oder „Die Brandstifter seid Ihr“. Die Rede von Bundespräsident Weizäcker wurde von „Heuchler“ Rufen immer wieder unterbrochen, schließlich hatten Teile der aufrufenden Parteien, die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl schon längst in die Wege geleitet. Die Leute kamen dann auch am nächsten Tag zu uns.

Im Jahr 1994 wurde unsere Demonstration von der Polizei

Die Demonstrationen formulieren den Anspruch, dem Gedenken an die deutschen NS-Verbrechen auch weiterhin Gehör zu verschaffen sowie Konsequenzen daraus einzufordern. Welche Rolle kann und sollte Gedenkpolitik aus eurer Sicht in heutigen antifaschistischen Kämpfen einnehmen?

Im Jahr 2018 lagen die antisemitischen Pogrome 80 Jahre zurück. Die Probleme und Herausforderungen, wie etwa die immer weniger werdenden Zeitzeug*innen, sind bekannt. Wie seht ihr die Zukunft der Demonstrationen? Welche Perspektiven gibt es?

auseinandergeprügelt. Wir waren an den Räumen der rechten Wochenzeitung „Jungen Freiheit“ vorbeigezogen und schrieben damals: „Doch wir haben uns nicht auf ein Gedenken beschränkt. Nein, wir haben auch Täter benannt, Täter wie die Redakteure der faschistischen „Jungen Freiheit“, die versucht haben, sich in der Lehrter Straße 17 einzunisten.“ Unsere Demonstration war in den 90ern und den frühen 2000ern größer als heute. Das liegt wohl einerseits daran, dass mittlerweile das Gedenken zum 9. November mehr in der Mitte der Gesellschaft und auch der Linken angekommen ist, sodass es jetzt alljährlich eine Menge Veranstaltungen an verschiedenen Orten dazu gibt. Da verteilen sich die Leute dann mehr. Und andererseits liegt eine geringere Teilnehmer*innenzahl vielleicht daran, dass der Antagonismus zwischen Antifaschismus und deutschem Nationalismus und dem ihm innewohnenden Antisemitismus und Rassismus, den wir immer mit unserer Demonstration thematisieren wollen, vielleicht auch von Linken nicht mehr so gesehen wird? Oder wird dieser Konflikt vielleicht jetzt anders und an anderer Stelle verhandelt?

Ich kann mich gar nicht mehr erinnern, wann wir das Zitat von Primo Levi „Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen“ zum ersten Mal verwendet haben. Ich finde das sehr zutreffend und einprägsam. Und der Versuch, es eben nicht wieder geschehen zu lassen, war und ist die Triebfeder von Antifaschist*innen und Anlass unserer Demonstration. Wir wollen keine klassische, staatliche „Gedenkpolitik“ machen. Ich denke, die Stichworte deutscher Vergangenheits- und Gedenkpolitik heißen nach wie vor Verharmlosung, Verleugnung, Verdrängung und Historisierung. Oder auch Instrumentalisierung und Vereinnahmung der Erinnerung für eigene Zwecke, wie die Remilitarisierung der Außenpolitik. Natürlich ist auch für uns das Gedenken, unsere Demonstration, ein Instrument. Wir unterstreichen damit z. B. unsere Forderung nach Entschädigung der letzten überlebenden Opfer des Faschismus und der Bestrafung der noch lebenden NS-Täter*innen. Wir wenden uns gegen einen Schlussstrich, den nicht nur rechte Politiker*innen wie Höcke und Gauland herbeireden wollen. Wir widersprechen einem Berliner Innensenator Geisel, der den neonazistischen Hess-Aufmarsch als eine „Versammlung von Arschlöchern“ verharmlost. Dazu braucht es auch die Erinnerung und andauernde Vergegenwärtigung der Verbrechen des NS-Regimes und an die Kontinuität rassistischer, antisemitischer und nationalistischer Einstellungen, die damals zum millionenfachen Mord geführt haben. Das ist keine herkömmliche „Gedenkpolitik“, das ist tätiger Antifaschismus.

Ein wichtiger, grundlegender und tragender Moment für unsere Gedenkkundgebung an der Levetzowstraße am 9. November am Mahnmahl für die ehemalige Synagoge, die die Nazis als Sammellager für die Deportation der Berliner Jüd*innen in die Vernichtungslager umfunktioniert hatten, war und ist der Beitrag, die Reden und Berichte von Überlebenden. Ihre persönliche Anwesenheit, ihr persönliches Zeugnis, ihr Schmerz über den Verlust ihrer Angehörigen und Freunde, den sie mit uns teilen. Ihre Autorität, aber auch ihr Vertrauen in uns jüngere Antifaschist*innen beeindruckten uns immer wieder zutiefst. Das klingt jetzt sicherlich kitschig und pathetisch, aber ich, und ich weiß anderen geht es auch so, fühle dann mit feuchten Augen eine große Entschlossenheit, weiter zu machen, fühle mich geehrt, dass ich sie kennenlernen durfte.

Der größere Teil unserer Redner*innen, unserer Freund*innen, die auf



jüngere Menschen aus dem Umkreis Berliner VVN-BdA haben zum Beispiel schon vor Jahren ein Interviewprojekt ins Leben gerufen. Unter dem Titel „Fragt uns, wir sind die Letzten – Erinnerungen von Verfolgten des Naziregimes und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand“ wurden dort bis jetzt in fünf Broschüren zahlreiche Interviews gesammelt. Jedes Interview bedeutet da eine ganz persönliche Annäherung an die befragte Person. Die Interviewer*innen werden zu Zeugen der Zeug*innen. Und von solchen aufgeschriebenen und auch in Bild und Ton aufgenommenen Erinnerungen und Interviews gibt es ja viele. Eins ist da meines Erachtens zu bedenken. „Unsere“ Zeitzeug*innen redeten und reden ja mit ihren Erinnerungen auch oft gegen die offiziellen Erinnerungen an, den Schlusstrich eben, forderten Konsequenzen, intervenierten, nehmen auch die heutige Zeit in den Blick. Ich will es mal stellvertretend an einem ehemaligen und mittlerweile verstorbenen Redner unserer Demonstration aufzeigen. Gerhard Leo, als 10-Jähriger musste er mit seinen Eltern nach Frankreich fliehen und mit 19 saß er als Résistance-Kämpfer monatelang in Gestapo-Haft, war Mitbegründer der „Initiative gegen Abschiebehaft“. Die moralische Autorität und die emotionale Brücke, die sie für die Zuhörer*innen zum Erlittenen aber eben auch Vergangenen schlugen, steht allen Zeug*innen der Zeug*innen eben nicht oder nur teilweise zur Verfügung, ein wenig mehr sicherlich der zweiten und dritten Generation ihrer Nachkommen. Aber was wir eben haben, ist die antifaschistische Perspektive, wir tragen das „Nie wieder“ weiter. Und dazu gehört es das Gedenken erstens immer wieder gegen die Vereinnahmung durch den gesellschaftlichen Mainstream verteidigen, Termine wie der 27. Januar sind ja mittlerweile Bestandteil deutscher Staatsraison. Zweitens gegen die Geschichtsfälschungen, -Lügen und -Relativierungen der Rechten. Wer glaubt, dass mensch sich auf ein gesamtgesellschaftliches Geschichtsbild einigen könnte oder gar sollte, der irrt. Gedenken gemeinsam mit der AfD, für die der Holocaust ein Vogelschiss ist, geht eben nicht. Oder am 9. November die Abschiebepolitik der Bundesregierung zu vergessen, das geht auch nicht. Das müssen wir in Zukunft alleine tun, aber ich denke das können wir auch alleine.

Das Interview führte die
Autonome Neuköllner Antifa [ANA]

DAS SAMMELLAGER IN DER SYNAGOGLE LEVETZOWSTRASSE

Ein Tatort der Shoah

1914 weihte die Jüdische Gemeinde zu Berlin in der Levetzowstraße eine Synagoge ein, die fortan mit ca. 2000 Sitzplätzen eine der größten in der Stadt sein sollte. In der Größe des Baus, seinem gut sichtbaren David-Schild und der klassizistischen Architektur drückte sich das Selbstbewusstsein der jüdischen Bevölkerung in der Hauptstadt des deutschen Kaiserreiches aus. Ausgerechnet dieses Gebäude wurde zu einem Tatort der Shoah. Als dem Reichssicherheitshauptamt nachgeordnete Behörde machte das Referat IV D 1 der Gestapoleitstelle Berlin, das Judenreferat der Berliner Gestapo, 1941 aus der Synagoge ein sogenanntes Sammellager für Deportationen ins deutsch besetzte Osteuropa. Das während des Pogroms 1938 nur geringfügig beschädigte Gebäude war mit Unterbrechungen bis März 1943 ein gefängnisähnliches, temporäres Zwangslager für Jüdinnen und Juden. In diesem Zeitraum wurden dort unter Verantwortung der Berliner Gestapo ca. 20000 Menschen zur Vorbereitung der Deportation jeweils zwei bis drei Tage festgehalten und ausgeplündert.

Jede Deportation war ein Großeinsatz der Berliner Polizei mit hunderten Beteiligten. Die pro »Transport« etwa eintausend Opfer wurden vom Oktober 1941 bis zum November 1942 in der Regel zwei Abende bevor dieser Transport Berlin verließ, von Gestapo- und Kriminalbeamten aus ihren Wohnungen »abgeholt« und zu Fuß oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Synagoge gebracht. Stundenlang begab sich ein unübersehbarer Strom von schwerbeladenen »Sterntägern« in das durch Schutzpolizei bewachte Gebäude. Im Inneren wurden die Opfer und ihr Gepäck von Gestapo-Angehörigen in der »Schleuse« registriert, durchsucht und ausgeplündert, denn Besitz und Vermögen der

Opfer wurde zugunsten des Reiches enteignet. Dabei kam es zu entwürdigenden körperlichen Untersuchungen, verbaler, physischer und sexualisierter Gewalt. Diese sollte das Selbstwertgefühl der Jüdinnen und Juden zerstören und die Macht der Gestapo demonstrieren. Dieses »Aufnahmehitual« ähnelte denen in den Konzentrationslagern. Das Sammellager stellte also für viele Jüdinnen und Juden die Initiation in das nationalsozialistische Lager- und Ghetto-universum dar und wird deshalb als Vorstufe der Vernichtung bezeichnet. Für die Mehrheit der Verschleppten bedeutete die Deportation den gewaltsamen Tod.

Die Aufenthaltsbedingungen im Sammellager beschrieben die Opfer als traumatische Erfahrung. Drangvolle Enge und mangelnde Hygienemöglichkeiten machten den Aufenthalt qualvoll. Für 1000 Menschen standen keine Duschen, nur wenige Waschbecken und insgesamt zwölf, häufig überlaufende Toiletten zur Verfügung. Kinder wurden sofort nach Ankunft von ihren Eltern getrennt und unter Betreuung von jüdischen Kindergärtnerinnen im Trauzimmer eingesperrt. In diesem »Gefängnis im Gefängnis« wurden zum Teil 70 Kinder eingepfercht, auch wenn nur für ein Drittel dieser Zahl Platz war. Die Angehörigen des Judenreferates hatten komfortablere Unterkünfte. Sie spielten



BERLIN N.W. Levetzowstrasse. Synagoge.
1907.



*Das während des Pogroms
1938 nur geringfügig
beschädigte Gebäude war
mit Unterbrechungen
bis März 1943 ein
gefängnisähnliches,
temporäres Zwangslager
für Jüdinnen und Juden.*

dort Karten »während draußen die Menschen um ihr Leben zitterten«, wie eine Überlebende sich ausdrückte.

Eine besonders perfide Taktik der Deutschen war es, ihre Opfer zu „Agenten der eigenen Vernichtung“ (Dan Diner) zu machen. Mit einer Mischung aus Erpressung und Täuschung bewegte die Gestapo die Jüdische Gemeinde zur Mitarbeit bei dem in Berlin stattfindenden Teil der Deportationen, so z. B. beim Betrieb des Sammellagers. Das von der Jüdische Gemeinde im Sammellager eingesetzte Hilfspersonal entlastete einerseits die Gestapo und ermöglichte einen effizienten Ablauf im Sammellager. Andererseits konnte es sich daher Lager frei bewegen und es zwischen den Schichten verlassen. Dadurch konnten einzelne Helfer_innen unter Lebensgefahr verbotene Nachrichten und Gegenstände der Internierten aus oder in das Lager bringen.

Die meisten der durch die staatliche Politik verarmten und sozial separierten Jüdinnen und Juden hatten keine Möglichkeit, sich der Verschleppung etwa durch Untertauchen zu entziehen. Zwar gab es mutige Menschen in NS-Deutschland, die antisemitisch Verfolgte versteckten und versorgten. Aber diese standen einer Mehrheit gegenüber, welche die „Endlösung der Judenfrage“ begrüßte oder nicht weiter kümmerte. Die zur Deportation Bestimmten gingen also nicht deshalb mit den „Abholern“ der Gestapo mit, weil sie es nicht besser wussten, sondern weil sie kaum eine andere Wahl hatten. Wenn schon die nicht-jüdische Deutschen von löblichen Ausnahmen abgesehen mehrheitlich keinen Widerstand leisteten, ist die Vorstellung absurd, ausgerechnet die am stärksten verfolgte gesellschaftliche jüdische Minderheit hätte sich nicht stark genug gewehrt. Trotz des für Juden extrem beengten Handlungsspielraums fügten sich diese auch im Sammellager nicht widerstandslos. Sie versuchten beispielsweise, in der Kleidung eingenähtes Geld durch die »Schleuse« zu schmuggeln und loteten Fluchtmöglichkeiten aus. Als letzten verzweifelten Akt kam es zu Selbsttötungen.

Das in der der ehemaligen Synagoge Jüdinnen und Juden eingesperrt und dann von dort abtransportiert wurden, wurde zwar in den nationalsozialistischen Medien beschwiegen, war aber im Bezirk Gesprächsthema. Die Deportationen waren kein Geheimnis, sondern unübersehbar. Inhaber_innen der auf der Levetzowstraße vorhandenen Geschäfte, Kund_innen

der gegenüber der Synagoge gelegenen Post und Schulkinder beobachteten, wie Jüdinnen und Juden auf Polizeilastwagen geprügelt wurden oder sich zu Fuß zum Bahnhof Grunewald bzw. zum Güterbahnhof Moabit aufmachen mussten. Die Reaktionen waren vielfältig. Viele Menschen sahen keineswegs schweigend zu, sondern begrüßten das Vorgehen gegen die Juden. Lautstarker Applaus, aber auch indifferentes Zusehen signalisierte den Täter_innen Zustimmung. In Verbindung mit der freiwilligen und widerspruchslosen Pflichterfüllung durch Polizeiangehörige ermöglichte auch diese Zustimmung in der Bevölkerung dem Regime den Massenmord.

An dieses Ereignis wollte die post-national-sozialistische Gesellschaft nach dem Krieg nicht erinnern. Etwa zeitgleich mit der öffentlichen Debatte um den Erhalt der zerstörten Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Kurfürstendamm, welche letztendlich an das Leiden der Berliner Bevölkerung unter dem Bombenkrieg erinnert, wurde die Synagoge 1955/56 abgerissen. Ein Denkmal für die Synagoge entstand erst 1960 auf Initiative der jüdischen Nachkriegsgemeinde, an die Deportationen wird mit dem Mahnmal Levetzowstraße erst seit 1987 erinnert. Während die überlebenden deutschen Opfer der Shoah oft jahrelang mit den bundesrepublikanischen Behörden um magere Entschädigungszahlungen streiten mussten, machten ehemalige Gestapoangehörige ab den frühen 1950er Jahren Karriere in der Wirtschaft oder kehrten in den Staatsdienst zurück. Die wenigen, die für die Verschleppung und Ermordung der Berliner Jüdinnen und Juden vor Gericht gestellt wurden, kamen mit Freisprüchen davon.

Der Text wurde zu Verfügung gestellt von Philipp Dinkelaker.

Über das Sammellager Levetzowstraße 1941/42 ist ein Buch erschienen, welches sich auf der Website <http://www.metropol-verlag.de> ordern lässt.



*Oh Gott, Allmächtiger,
Herrscher der Welt, wie soll
ich noch an dich glauben
bei all dieser Gewalt?*

Bericht einer Augenzeugin

Die nicht-jüdische Berlinerin Hilde M. war eine Gegnerin des NS-Regimes. Im August 1942 beobachtete sie den Beginn einer Deportation, bei der zwei Freunde von ihr von der Levetzowstraße aus nach Riga verschleppt wurden:

»Hier bot sich uns ein gespenstisches Bild. Vor den Eingangstüren der Synagoge, die halb geöffnet waren, standen SS-Leute. Auf der Straße warteten große Lastautos. Auf sie wurden nur die alten Leute verladen, die nicht mehr gehen konnten, und junge Frauen, die entweder schwanger waren oder kleine Babys im Wagen hatten. Ich sehe heute noch eine junge, zuverlässige Frau mit ihrem Korbwagen, in dem hellblau gekleidete Zwillinge saßen, den Wagen besteigen. Beim Abfahren winkte sie, wahrscheinlich mit der starken Hoffnung im Herzen, die Kinder würden auch ihr das Leben retten.

Dann setzte sich plötzlich von der Seitenstraße ein Zug von Menschen mittleren Alters in Bewegung. Mir war klar, daß in diesem Zug Alfred und Grete sein müßten. Ich lief mit Frau L. Schnellstens hinterher und sah die beiden Unglücklichen in diesem Elendszug. [...] Vorn, hinten und ans den Seiten ging die Polizei, Alfred ging als Äußerster einer Reihe, direkt am Bürgersteig, seine Schwester Grete, in Tränen aufgelöst, neben ihm. Leider muß ich auch berichten, daß viele Menschen in den Haustüren standen und angesichts dieses Elendszuges ihrer Freude Ausdruck gaben. »Guck mal, die frechen Juden!« rief einer. »Jetzt lachen sie noch, aber ihr letztes Stündlein hat geschlagen.« So unauffällig wie möglich folgten wir dem Zug, und an einer Straßenkreuzung gelang es mir, so dicht an Alfred heranzukommen, daß ich ihn fragen konnte, wohin sie kämen. Seine Antwort war: »Riga«. Wir folgten dem Zug bis zum Lehrter Bahnhof, wo er in einem Eingang des Güterbahnhofs verschwand.«

Bericht eines im Sammellager Gefangenen

Hans Selbiger (geboren 1928) war 1943 im Sammellager Levetzowstraße gefangen und überlebte die Shoah.

„Als wir in der Levetzowstraße abgeladen wurden, standen dort Frauen und klatschten Beifall. Das geschah auf offener Straße – sie hatten kein Mitleid, kein Erbarmen. Im Sammellager Levetzowstraße mussten wir dann eine Vermögenserklärung und die jüdische Kennkarte abgeben. Wir mussten die Vermögenserklärung auch unterzeichnen und bekamen zum Abschluss die Transportmarke ausgehändigt. Diese trugen wir um den Hals – sie war ein Brandmal auf der Seele der Menschen. Es gab dort auch Menschen, die sich zu Tode brachten. Es war klar, es ging in den Tod. Ich glaube nicht, dass irgendwer daran noch gezweifelt hat. Und in all diesem Zetern, Heulen und Zähneklappern traf ich meine Esther, diesmal mit vor Entsetzen aufgerissenen Augen. Wir umarmten, trösteten und wärmten uns und waren uns nah wie nie zuvor. Es wurde die grausigste, verzweifeltste und elendste Nacht unter diesen tausenden Menschen mit ihren Ausdünstungen und Ausscheidungen, ruhelos, laut und unheilvoll, den Tod vor Augen. Dennoch, mit Esther war es eine wundersam schöne, fast heilige Nacht. Und dennoch spürten wir im Zusammensein schon die Trennung. Wie gut sie mir trotzdem tat, wie schön sie sich anfühlte, wie gut sie roch, wie aufregend ihr Streicheln, wie sehr wir von einander nicht lassen konnten. Gemeinsam erlebten wir noch einen Tag und eine Nacht. Es war zugleich der Himmel auf Erden und die Hölle um uns. Am nächsten Morgen musste Esther auf Transport. All unsere Liebe, all unsere Kraft der Umarmungen hielten uns nicht zusammen. Jeder ging seinen Weg. Unausweichlich. Tschüs, meine über alles geliebte, meine unvergessene Esther. Ein heulendes Elend blieb zurück. Oh Gott, Allmächtiger, Herrscher der Welt, wie soll ich noch an dich glauben bei all dieser Gewalt? Unsagbar. Lebe wohl, Liebes. Lebe? Und wohl? Was bleibt, sind Gedanken, Wehmut und Erinnerungen, unauslöschliche Erinnerungen mein Leben lang. Und lebenslang werde ich sie suchen, meine Esther, die zur jungen Frau herangereifte, die nicht mehr leben durfte, allein nur, weil sie Jüdin war – so, wie sechs Millionen andere Juden auch. Oh Gott, was lässt du zu? Was bleibt und mich auf ewig mit ihr verbindet ist das Lied »Dance me To The End Of Love« von Leonard Cohen in einer Nachdichtung von Karsten Troyke.“

VOM SCHLUSSSTRICH ZUM AUFARBEITUNGSWELTMEISTER

05

Die EAG über die deutsche Sehnsucht
nach der Wiedergutwerdung

In Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit kritisiert Theodor W. Adorno 1959, dass Deutschland nicht an die Shoah erinnern wolle, da dies seinem Ansehen im Ausland schaden würde. Eine Erinnerung dürfe nicht stattfinden, da der Blick auf die Vergangenheit dem Blick in die Zukunft im Wege stehen würde. Hieraus resultierte die Forderung nach einem „Schlussstrich“, welche auch heute noch gelegentlich anklingt. Staatspolitisch betrachtet ist seit Ende der Sechziger Jahre jedoch ein klarer Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur zu beobachten, welcher sich vor allem in der Ostpolitik Willy Brandts manifestierte. Mit seinem Kniefall vor dem Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos brachte er zum ersten Mal die Möglichkeit eines anderen Verhältnisses Deutschlands mit seiner Vergangenheit zum Ausdruck. Ein anderes Beispiel für den Paradigmenwechsel ist auch der sogenannte Aufstand der Anständigen, den der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2000 nach einem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge forderte. Deutschland würde nun nicht mehr wegschauen, sondern alles Erdenkliche dafür tun, um jüdisches Leben forthin zu schützen, so Schröder. Die nationale Identität wurde damit um ein antifaschistisches Selbstverständnis erweitert. Beispielhaft war außerdem die Rede des Historikers Eberhard Jäckel zum fünften Jahrestag des Holocaust Mahnmals in Berlin. Andere Länder, so der Historiker, würden die Deutschen um dieses Denkmal beneiden. Die Deutschen könnten endlich wieder aufrichtig gehen, weil sie aufrichtig bewahren.

Es soll nun also ganz bewusst kein Schlussstrich mehr gesetzt werden. Stattdessen gibt es keine deutsche Identität ohne Auschwitz mehr.

Deutschland muss somit gedenken, erinnern und, wie der damalige Bundespräsident Joachim Gauck zum 70. Jahrestag der Befreiung Auschwitz sagte, auch „darunter leiden“. Im Umkehrschluss meint dies aber auch, dass Deutschland Auschwitz für sein nationales Ansehen in der Welt nutzt, um eine Erfolgsgeschichte zu schreiben.

Diese Erfolgsgeschichte fand ihren Höhepunkt am 3. Oktober 1990, als das geteilte Deutschland wiedervereinigt wurde. Deutschland war bereit sich wieder selbst überlassen zu werden. Der Historiker Moishe Postone beurteilte den Umgang der Deutschen zu ihrer Nazi-Vergangenheit schon kurz nach dieser Wiedervereinigung als ein starkes Bedürfnis, das Verhältnis zur eigenen Geschichte zunehmend normalisieren zu wollen. Die wiedergutgewordenen Deutschen sind sich ihrer NS-Vergangenheit bewusst und schöpfen daraus sogar Potential, indem sie sich in der moralisch überlegenen Position sehen: Dies zeigte sich während des Auftritts der deutschen Sängerin Anna Loos zum 30. Jubiläum des Mauerfalls am Brandenburger Tor im letzten Jahr, als auf der Bühne in Hebräisch „Schluss mit der Besatzung“ zu lesen war. Ein deutscher Gruß nach Israel. Und auch Außenminister Heiko Maas, der ja bekanntlich wegen Auschwitz in die Politik gegangen ist, stellt dies immer wieder unter Beweis – exemplarisch beim Stimmverhalten Deutschlands bei den Vereinten Nationen, wo Deutschland regelmäßig antiisraelischen Resolutionen zustimmt.

Wie ernst man es mit dem Kampf gegen den Antisemitismus meint, hat sich auf traurige Weise auch in Halle bewiesen. Dieser Angriff sei ein Alarmzeichen, so beispielsweise die CDU-Politikerin Kramp-Karrenbauer. Ihre Aussage reiht sich damit nahtlos ins beliebte

Ohne einen Begriff des Antisemitismus, wird die Erinnerung jedoch obsolet.

Narrativ des Einzeltäters ein. Man gibt sich überrascht und versteht Vorfälle wie diesen als Ausnahmen, die aus einem luftleeren Raum entstehen. Hierin drückt sich deutlich ein Moment der Schuldabwehr aus. So wird einerseits ein Bruch mit dem Nationalsozialismus imaginiert und eine Kontinuität verleugnet, welche an das Märchen der Entnazifizierung erinnert. Andererseits drückt sich darin einmal mehr der Wunsch der eigenen antifaschistischen Identität aus, welche aus der Geschichte gelernt haben will. Sämtliche rechte Morde seit 1945 erinnern dieses Land daran, dass es seine Verantwortung aus der Geschichte eben noch nicht gezogen, die NS-Vergangenheit eben nicht aufgearbeitet hat. Allerdings gilt es die nationale Identität zu schützen. Und dementsprechend muss eine Annegret Kramp-Karrenbauer, wie auch viele andere Politiker*innen, schockiert sein. Deshalb muss Deutschland unaufhörlich von Einzeltätern sprechen. Die offene Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit würde die eigene nationale Identität in eine Krise führen. Die Konsequenzen dessen sind allen voran, dass auch weiterhin keine Verantwortung übernommen wird und sich Jüdinnen*Juden zunehmend unsicherer in diesem Land fühlen.

So äußerte die vorsitzende Richterin gleich am ersten Tag des Halle-Prozesses die irritierende Aussage, dass sie es schade fände, dass der Angeklagte die Synagoge nicht einmal am Tag der offenen Tür besucht hätte. Konkret war sie der Meinung, er hätte mit dem Besuch seine Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden ablegen können. Dass der Antisemitismus kein Vorurteil ist, sondern ein Welterklärungsmuster,

scheint der Richterin demnach fremd. Diese Leerstelle ist symptomatisch für Deutschland. Wer jedoch keinen Begriff vom Antisemitismus hat, kann auch keinen Begriff von der Shoah entwickeln, wie der Sozialwissenschaftler Ingo Elbe es treffend ausgedrückt hat. Wie aber soll dann „aufrichtig erinnert“ werden können?

Die öffentliche Kritik des Antisemitismus, wie sie fest im Kanon deutscher Erinnerung verankert ist, gehört zu einem zentralen Legitimationsmoment Deutschlands. Ohne einen Begriff des Antisemitismus, wird die Erinnerung jedoch obsolet. Dem Paradigmenwechsel zum Trotz behält Adorno in seiner Kritik dementsprechend insofern Recht, dass nicht erinnert wird, damit Auschwitz nicht mehr sei. Der Wunsch nach einem Schlussstrich – wenn auch nicht wörtlich gefordert; wenn auch die Mahnmäler und Gedenkfeiern das Gegenteil zu beweisen versuchen – klingt gerade in dieser Art des Gedenkens weiter. Deutschland aber muss gebetsmühlenartig erinnern und mahnen, um sich immer wieder aufs Neue seiner eigenen Identität zu vergegenwärtigen, zu rechtfertigen, was nicht gerechtfertigt werden kann. Erinnern erscheint dann eingegliedert in einen Arbeitsprozess, eine ständige Reproduktion des Immergleichen. Die Erinnerung wird zum Produkt, das Deutschland mit Fleiß geschaffen und seitdem tüchtig reproduziert. Damit ist sie die Erlösung von der Geschichte, die es den Deutschen erlaubt wieder zu sich zu kommen. Die Erinnerung bedeutet im Falle Deutschlands Identitätspolitik. Sie ist instrumentell und dient einzig dem nationalen Ansehen, dem eigenen schlechten Gewissen und damit der Abwehr tatsächlicher Verantwortung.

**Emanzipative &
Antifaschistische Gruppe [EAG]**

»KULTUR HAT IN DEUTSCHLAND SCHON IMMER DIE ZIVILISATION ERSETZT«

06

Die Gruppe Theorie, Kritik & Aktion | Berlin
[TKA] über die Gedenkkultur in Deutschland

Der deutsche Historiker Eberhard Jäckel sagte anlässlich des fünften Jahrestags des Holocaust-Mahnmals in Berlin "In anderen Ländern beneiden manche die Deutschen um dieses Denkmal. Wir können wieder aufrecht gehen, weil wir aufrichtig waren. Das ist der Sinn des Denkmals und das feiern wir." Man scheint sich einig zu sein, dass hier eine grandiose Erfolgsgeschichte gefeiert wird. Oder in den Worten der Initiatorin des Denkmals, Lea Rosh: "Mit diesem Denkmal lebt es sich leichter in diesem Land".

In dieser national-kollektiven Form des Gedenkens sprechen Jäckel und Rosh den Deutschen aus der Seele. Nicht der Zivilisationsbruch Auschwitz steht im Mittelpunkt. Der Opfer der Shoah wird nicht zum Zweck des Mahnens gedacht, sondern als Mittel der Bewältigung der eigenen nationalen Vergangenheit. Wer das Unfassbare bewältigt kann verdrängen und vergessen, so die Logik. Irgendwann soll es ja schließlich "mal aufhören". Da sind sich die Deutschen einig. Wer bewältigt kann eben jene Kultur bestätigen, die vorher als unfassbar galt. Kultur hat in Deutschland schon immer die Zivilisation ersetzt. Wenn in Deutschland der Ermordung der europäischen Jüdinnen_Juden gedacht wird, so hat es der Journalist Eike Geisel formuliert, werden selbst das Erinnern und Gedenken zur höchsten Form des Vergessens.

Das Gedenken wird erst im nationalen Gedenken zur Gedenkkultur. Zur kollektiven Wahrnehmung der Geschichte. Gedenkkultur ist immer achronologisch, also nie die Deutung der Gegenwart aus der Vergangenheit sondern immer die Deutung der Vergangenheit im Sinne der Gegenwart. Das heißt im gegenwärtigen Bewusstsein eine Instrumentalisierung der Geschichte als Gründungsmythos der

deutschen Nation. Spätestens seit der Wiedervereinigung scheinen das Bekenntnis zur historischen Schuld und das Bekenntnis zur Nation kein Widerspruch mehr. Das Sein verstimmt das Bewusstsein.

Musste das Erinnern an die Shoah über Jahrzehnte hinweg zugunsten der Verdrängung der Taten im Hintergrund bleiben, gibt sich Deutschland heute selbstbewusst und offensiv als Erinnerungs-Weltmeister und ist auch nicht darum verlegen seine Form des Erinnerns der Weltgemeinschaft mit viel Pathos siegreich entgegenzuhalten. Die Verdrängung der Schuld ist einem vermeintlich mahnenden nationalen Gedächtnis gewichen. Heute kann in Deutschland einen Umgang mit der Geschichte erlebt werden, der an jeder Ecke in aufgeklärtem Schein erstrahlen möchte.

Doch der Gründungsmythos braucht doch seine eigenen, deutschen Opfer. Das zeigt auch das Gedenken an die Bombardierung Dresdens. Es wird nicht einmal davor zurückgeschreckt, das Schicksal der Jüdinnen_Juden im Dritten Reich mit der Situation der Deutschen nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus zu vergleichen. Um Jüdinnen_Juden geht es heute genauso wenig wie vor der Zeit des großen Erinnerns. Es geht mal wieder um die Deutschen. Dass dieses Gedenken in einer Zeit aufkommt, in der es weder Täter_innen noch Überlebende in großer Zahl betreffen kann, kann nur schwerlich ein Zufall sein. Es muss vielmehr zweckdienlich erscheinen. Die Auseinandersetzung mit der Shoah wird zum Instrument eines institutionell durchstrukturierten Gedenkens. Sie soll letztlich ihrer Singularität enthoben werden, indem sie zu einer historischen Form der Gewalt verklärt wird. So soll

*Der Opfer der Shoah wird
nicht zum Zweck des Mahnens
gedacht, sondern als Mittel
der Bewältigung der eigenen
nationalen Vergangenheit.*

der Eindruck einer nicht untypischen Situation, in einer dunklen, weniger zivilisierten Zeit vermittelt werden, welche die deutsche Nation, in ihrem vermeintlich aufgeklärten Fortschritts-trieb, lange hinter sich gelassen haben will.

Dabei würde eine tatsächliche Aufarbeitung der Geschichte ihre Wiederholung in anderer Gestalt vermeiden können. Der Antisemitismus, Rassismus und die sie begünstigenden gesellschaftlichen Verhältnisse bleiben von der deutschen Erinnerungskultur komplett unangetastet. Diese Erinnerungskultur bleibt symbolisch. Ohne Erkenntnis. Denn die Gedenkkultur erfordert keine Courage. Engagement gegen den gegenwärtigen Antisemitismus hingegen schon. Das investierte Geld reicht für die Gedenkstätten. Die Courage noch nicht einmal für die Entschädigung der Opfer. Die Prozesse gegen NS-Verbrecher in der jüngeren Vergangenheit, wurden trotz aller Erinnerungskultur medial und politisch kaum beachtet. Stattdessen werden Hände zwischen iranischen und deutschen Politiker_innen geschüttelt und der Blick auf den auch heute blühenden und ganz realen Antisemitismus und Vernichtungswillen verstellt. Wer heute in Deutschland heranwächst, kann sich eines wiedererstarkenden Mobs sicher sein, der in verschwörungstheoretischer Manier, hinter allem Jüdinnen_Juden vermutet. Israelis seien gar die neuen Nazis. Geschichte ereignet sich beim ersten Mal als Tragödie, in ihrer Wiederholung als Farce.

Nur die Nicht-Identifikation mit Deutschland birgt neben der Perspektive auf die befreite Gesellschaft zusätzlich die Hoffnung auf ein Gedenken an die Shoah, das mit Wut und Trauer den Zivilisationsbruch zur Kenntnis nimmt und ohne Rücksicht auf deutsche Befindlichkeiten erinnert.

Theorie, Kritik & Aktion | Berlin
[TKA]

PROZESSBEOBACHTUNG BLEIBT NOTWENDIG

07

Ein Gastbeitrag von democ.
Zentrum Demokratischer Widerspruch e.V.

Es ist der größte Prozess in der Geschichte Sachsen-Anhalts: Rund 80 Prozessbeteiligte, darunter etwa 45 Nebenkläger*innen und ihre Anwält*innen, verhandeln seit dem 21. Juli 2020 über die Schuld des mutmaßlichen Attentäters von Halle und die Umstände seiner Tat.

Für das historische Hauptverfahren war ein entsprechend großes Medieninteresse erwartet worden. 44 Plätze standen der Presse in der extra zum Verhandlungssaal umgebauten ehemaligen Bibliothek des Landgerichts Magdeburg zur Verfügung, 44 weitere Sitzplatzkarten sollten per Losverfahren für einen Raum vergeben werden, in dem die Verhandlung per Ton für Journalist*innen übertragen werden sollte.

Doch während die 50 Zuschauer*innenplätze nach mittlerweile 15 Verhandlungstagen noch immer ausgeschöpft sind, nimmt das Medieninteresse spürbar ab, gerade einmal zehn Journalist*innen fanden sich zeitweise zu den Verhandlungen ein. Dabei ist die kritische öffentliche Beobachtung eines solchen Prozesses essenziell. Der Grundsatz, dass eine Verhandlung, mit einigen Ausnahmen, unter den Augen der Öffentlichkeit stattfinden soll, gilt als wichtige Säule des Rechtsstaats. Auch für die wissenschaftliche oder zivilgesellschaftliche Aufarbeitung oder Bewertung eines Strafverfahrens ist die gründliche Berichterstattung wichtig, eine amtliches Wortlautprotokoll des Inhalts der Hauptverhandlung gibt es in Magdeburg nämlich nicht. Nur an Amtsgerichten wird in Deutschland protokolliert, was die Angeklagten oder Zeug*innen zur Sache aussagen. Für Verhandlungen in höheren Instanzen, für das Attentat von Halle ist etwa der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Naumburg zuständig, halten die Protokollierenden, anders als in vielen anderen Staaten, lediglich fest, wer gesprochen hat, nicht aber was der Inhalt der Aussage war. Vor dem Eindruck der Veröffentlichung von

Tonbändern des Frankfurter Auschwitz-Prozesses und dem Mammutverfahren gegen den NSU entschloss sich der Gesetzgeber im Frühjahr 2018, Tonaufnahmen dann zuzulassen, wenn ein Verfahren von "herausragender zeitgeschichtlicher Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland" sei. Von dieser Möglichkeit wurde für den Halle-Prozess erstmals Gebrauch gemacht. Genutzt werden können aber auch diese Aufzeichnungen, die vom Landesarchiv verwahrt werden, von Wissenschaftler*innen frühestens 30 Jahre nach dem Tod oder der Einwilligung der Betroffenen.

Einen beispielhaften Umgang mit der geschilderten Lage, in der wichtige Inhalte und Details eines Terror-Verfahrens verloren zu gehen drohen, zeigte in den vergangenen Jahren das Projekt NSU-Watch. Über 400 Prozesstage protokollierten die ehrenamtlichen Beteiligten und machten die (Nicht-)Aufarbeitung des NSU-Komplexes vor dem Oberlandesgericht München so für jede*n Interessierte*n nachvollziehbar. Die Protokolle bildeten eine wichtige Grundlage für die Arbeit von Untersuchungsausschüssen, die NSU-Watch teilweise ebenfalls beobachtete, und prägten für viele Menschen die Wahrnehmung des Verfahrens und der dort verhandelten Morde. Wer immer sich mit Verfahren wie dem NSU-Prozess oder dem Verfahren gegen den mutmaßlichen Attentäter von Halle vertiefend auseinandersetzen will, ist auf die zivilgesellschaftliche Protokollierung angewiesen: Eine andere Grundlage gibt es oftmals nicht.

Selbst wenn einzelne Medien, wie es beim Halle-Prozess etwa der MDR tut, die Verfahren kontinuierlich abdecken, gehen in der Berichterstattung naturgemäß Einzelheiten verloren – ist es doch die Aufgabe der Reporter*innen, das für die Leser*innen Wichtige vom Unwichtigen zu trennen. Die Namen der Briefkontakte des in

Magdeburg Angeklagten dürften für den durchschnittlichen Lesenden ebenso wenig spannend sein, wie die Details von dessen Online-Vernetzung, seine Usernamen, die konkreten Seiten, die er besuchte oder die Musik, die er hörte. Was für die Aufarbeitung des Anschlags und der Netzwerke, in denen der Angeklagte sich bewegte, wichtig ist, wird in vielen Fällen erst aus der Retrospektive zu beurteilen sein und bedarf der fachkundigen Einordnung. Gerade der gesellschaftliche und ideologische Hintergrund der Tat und das On- und Offline-Milieu, in welchem der Angeklagte sich bewegte, lassen sich in kurzen Berichten zu den einzelnen Verhandlungstagen nicht erhellen. Eine entsprechende Arbeit wider ein Verständnis des Anschlags, das vor allem auf der Selbstdarstellung des Angeklagten basiert, ist aber unerlässlich. Grenzen sind der gewöhnlichen journalistischen Arbeit auch dort gesetzt, wo es darum geht, den Betroffenen des Anschlags zuzuhören und ihre Aussagen festzuhalten: Unweigerlich muss hier abseits von zivilgesellschaftlichen Projekten, die sich eigens der Prozessbeobachtung und -protokollierung widmen, gekürzt oder ausgelassen werden. Gerade im Prozess von Magdeburg, der in beispielloser Weise von den 45 Nebenkläger*innen mitgestaltet wird, gehen so zahlreiche Stimmen der Betroffenen verloren.

Was Staat und die meisten Medien nicht leisten können – den Prozess in Magdeburg in einer Weise zu dokumentieren, die die wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung damit möglich macht – leisten derzeit Projekte wie der Blog halle-prozess-report.de, der Podcast “Halle nach dem Anschlag” von Radio CORAX, die Berichte vom VBRG (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer

Gewalt) und NSU-Watch sowie die Protokolle und Bericht auf Deutsch, Englisch und Hebräisch von [democ](http://democ.de). Die Prozessbeobachtung und insbesondere die -protokollierung ist dabei arbeitsintensiv: Die zumeist rund siebenstündigen Verhandlungstage bedürfen eines vielfachen der Zeit an Nachbereitung, oftmals müssen Namen oder Details, die akustisch nicht zu erfassen waren, nachrecherchiert werden. Getragen wird diese Arbeit bei den genannten Projekten fast ausschließlich von Spenden und ehrenamtlichem Engagement.

Durch das intensive Engagement der Nebenkläger*innen wird derzeit in Magdeburg aufgezeigt, an wievielen Stellen Staat und Zivilgesellschaft vor, während und nach dem antisemitischen, rassistischen und misogynen Anschlag von Halle versagten. Ihnen gilt es zuzuhören und die Kritik an Polizei, Politik und Gesellschaft festzuhalten. Die Aufarbeitung des Anschlags muss auch die Auseinandersetzung mit dessen Verhandlung vor Gericht beinhalten. Die zivilgesellschaftliche Prozessbegleitung, -dokumentation und -protokollierung kann dazu hoffentlich einen Teil beitragen.

Der Verein [democ](http://democ.de), Zentrum Demokratischer Widerspruch e. V. beobachtet den Halle-Prozess in Magdeburg und veröffentlicht zu allen Verhandlungstagen Berichte auf Deutsch, Englisch und Hebräisch und ausführliche Prozessprotokolle: democ.de/halle

democ.
Zentrum Demokratischer
Widerspruch e.V.

Wer immer sich mit Verfahren wie dem NSU-Prozess oder dem Verfahren gegen den mutmaßlichen Attentäter von Halle vertiefend auseinandersetzen will, ist auf die zivilgesellschaftliche Protokollierung angewiesen: Eine andere Grundlage gibt es oftmals nicht.

ANTISEMITISCHE VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIE IM PANDEMIEJAHR 2020

von *aze
(*andere zustände ermöglichen)

Beim diesjährigen Gedenken an den 9. November 1938 bestürzt der gegenwärtige Anstieg eines antisemitischen Glaubens an Verschwörungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Dieser Text stellt einige Überlegungen vor, warum die gegenwärtigen Corona-Verschwörungserzählungen nicht nur eine historische Verbindung zum Antisemitismus haben, sondern auch die Psychodynamik einer antisemitischen Grundstimmung mittransportieren. Auch die Verbrechen, an die wir heute erinnern, waren von antisemitischen Verschwörungsmythen angetrieben. Hetzschriften, wie die „Protokolle der Weisen von Zion“, bildeten eine wichtige Grundlage für Gewalt gegen Juden*Jüdinnen im Nationalsozialismus.

Die verschiedenen Wellen antisemitischer Verschwörungsmythen entspringen immer den jeweiligen historischen Bedingungen. Das Grundmuster der deutschen Gesellschaft, überfordernde und komplexe Zusammenhänge antisemitisch zu verhandeln, bleibt dabei jedoch gleich. Jahrhundertlang wurden antisemitische

Erzählungen größtenteils unwidersprochen weitergegeben, sodass sie als Wissensablagerungen und antisemitischer ‚common sense‘ einer breiten Masse zur Verfügung stehen. Dieser antisemitische Grundkonsens äußert sich z.B. in Form angeblicher Kritik an (Finanz-) Kapitalismus und Eliten, die sich jedoch nicht gegen Herrschaft richtet. Stattdessen werden bestimmte Personen/-gruppen angegriffen, die – oft über sprachliche Umwege – jüdisch markiert werden. Auch in Pandemiezeiten mit all den unbeantwortbaren Fragen funktioniert antisemitischer Glaube als machtvoller Kitt zwischen unterschiedlichen Akteur*innen.

Corona-Leugner*innen und Antisemitismus

Die sogenannten Corona-Leugner*innen wurden zunächst spöttisch belächelt und nicht ernst genommen. Mittlerweile berichten auch Mainstreammedien kritisch über die großen Demonstrationen und scheinen zunehmend besorgt um die Demokratie – meist ohne genauer auf die

Es scheint sich (...) um einen emotionalen Bewältigungsversuch der narzisstischen Kränkung durch die Corona-Pandemie zu handeln.

zutiefst antisemitischen und rassistischen Elemente einzugehen, die diese heterogene Gruppe einen und festigen. Die Symboliken, die sie verwendet, mögen teilweise widersprüchlich sein und deswegen lächerlich erscheinen. Aber auch wenn beispielsweise Demonstrant*innen leugnen rechts oder antisemitisch zu sein, bleiben die auf Corona bezogenen antisemitischen Codes auf Demonstrationen und im Netz gefährlich. Wenn Peacefahnen einig neben Reichsflaggen wehen, ist das nicht nur abstrus. Diese breiten Allianzen ermöglichen den erfolgreichen Bewegungscharakter der Verschwörungsideolog*innen. Das ist höchst bedenklich, insbesondere angesichts der Geschichte des Nationalsozialismus. Zu dessen Anfang fanden sich in Situationen sozialen Umbruchs Mehrheiten aus vorher politisch und sozial unvereinbaren Gruppen zusammen. Verbunden wurde dieser Zusammenschluss durch Antisemitismus.

Heute zeigen sich antisemitische Symboliken der Corona-Leugner*innen konkret auf zwei Ebenen: Erstens kommt es zu einer klassischen Schuldabwehr durch Selbstviktimisierung und Shoah-Relativierung. Auf Demonstrationen und in den sozialen Medien finden sich Bilder und Sprüche, die den Judenstern mit der Aufschrift „Ungeimpft“ verwenden, den Virologen Christian Drosten mit dem NS-Täter Josef Mengele vergleichen oder Anne Frank als Maskenverweigerin imaginieren. Indem sie sich als NS-Opfer und Widerstandskämpfer*innen inszenieren, wird einerseits die Shoa relativiert und andererseits die rechte Erzählung

einer „Merkel-Diktatur“ um Corona-Elemente erweitert. Zum zweiten wird die Schuld an der Pandemie – bzw. ihrer angeblichen Inszenierung – einer Verschwörung zugeschrieben. Schon etablierte antisemitische Vorstellungen einer diffusen Sphäre des „Finanzkapitalismus“ und ihrer vermeintlichen Protagonist*innen wie George Soros werden aktuell um Projektionen auf Bill und Melinda Gates ergänzt. Unabhängig davon, ob es sich um Juden*Jüdinnen handelt oder nicht, werden die Verschwörenden als jüdisch imaginiert

Einfache Erklärungen

Verschwörungsglaube und Antisemitismus lassen sich nur erfassen, wenn die psychodynamischen Motive der Anhänger*innen ergründet werden. Ausgangspunkt ist nie das tatsächliche Handeln und Leben von Jüdinnen*Juden, sondern die Pathologien der bürgerlichen Gesellschaft. Das heißt nicht, dass Verschwörungsgläubige individuell als „psychisch krank“ betrachtet werden sollten, sondern dass unsere Gesellschaft immer Widersprüche herstellt, die sie selbst nicht lösen kann. Ein zentraler Anreiz von Verschwörungserzählungen ist immer die kognitive Entlastung: Eine scheinbar einfache Kausalerklärung tritt an die Stelle komplexer Verhältnisse. Darin steckt ein Selbstermächtigungs-Moment in Form des Gedankens: "Ich habe erkannt, wer schuld an meinen Problemen ist. Wenn ich die Schuldigen bekämpfe, habe ich keine Probleme mehr." Damit richten Verschwörungsmythen diffuse Wutgefühle auf benennbare Feinde aus. So ist in Verschwörungsideologien immer ein Potential angelegt, in Gewalt überzugehen. Die Täter*innen legitimieren ihre Aggression wahnhaft als Verteidigung.

Gegen die Vernunft

Welche spezifischen Aspekte lassen sich nun in den aktuellen Erzählungen der Corona-Leugner*innen beobachten? Unter den zehntausenden Demobeteiligten besteht noch nicht einmal Einigkeit darüber, ob es Corona überhaupt gibt. Aber diese Inkohärenz stört „Querdenken“-Anhänger*innen nicht. Denn – anders als es das "Denken" in ihrer Selbstbezeichnung suggeriert – geht es nicht um eine intellektuelle Beschäftigung mit SARS-COVID2 und seinen gesellschaftlichen Folgen. Es scheint sich stattdessen um einen emotionalen Bewältigungsversuch der narzisstischen Kränkung durch die Corona-Pandemie zu handeln. Die Verletzung des Selbstwertes durch diese Krise ist enorm. Erstens müssen wir anerkennen, was wir in unserem individualistischen Alltag stets verdrängen: dass wir verletzlich sind und potenziell andere durch unser Handeln verletzen und dass die Gesellschaft aus menschlichen Beziehungen besteht, wir abhängige Wesen sind. Diese Erfahrung mag für viele Menschen so unverkraftbar sein, dass die Verleugnung des Problems emotional ansprechend ist – selbst unter Gefährdung des eigenen Lebens, indem in Pandemiezeiten ohne Maske und Abstand auf Massenveranstaltungen gegangen wird.

Zweitens verweist die Selbstbezeichnung "Querdenken" auch auf einen Widerstand gegen den wissenschaftlichen Erklärungsrahmen der Pandemie im öffentlichen Diskurs. Die Corona-Leugner*innen wollen eine andere, eine "quere" Antwort. Dies drückt sich darin aus, dass sie Fakten und wissenschaftliche Erkenntnisse ignorieren. Geglaubt wird nur das, was sich gut anfühlt. Dieser Anti-Intellektualismus ist tief mit Antisemitismus verbunden. Das regressive Aufbegehren gegen Wissenschaft und Vernunft ist in der bürgerlichen Moderne von je her antisemitisch kodiert. Die Zumutung einer rationalistischen Gesellschaft, in der Wissen immer mit Ausschluss und Macht verbunden ist, wird darin eben nicht herrschaftskritisch thematisiert. Die Irrationalität von Verschwörungserzählungen,

die Außenstehenden oft lächerlich vorkommt, ist deshalb gerade keine Schwäche, sondern ein Anreiz – ein ignorantes Verweigern gegenüber der Vernunft. Ihre Anhänger*innen schützen damit gesellschaftliche Machtstrukturen, indem sie diese nicht angreifen, sondern eine Gruppe verantwortlich machen, die sie außerhalb ihrer angeblichen Gemeinschaft konstruieren.

Personifizierte Schuldzuschreibungen

Das ist bei Pandemien kein neues Phänomen. Dass die Ursachen für gefährliche Krankheiten historisch vielfach antisemitisch gedeutet wurden, zeigt sich besonders deutlich mit der Pest und dem Bild des vergifteten Brunnens. Es gibt bei anderen Epidemien auch rassistische Schuldzuschreibungen wie bei Ebola oder homofeindliche wie bei HIV. Immer wird hier eine vermeintlich feststellbare Schuld lokalisiert und zur diskriminierenden Hetze umfunktionalisiert. Bewältigungsstrategien in einer für alle unsicheren Lage mündeten gleich zu Beginn der Corona-Pandemie in der Personifizierung von Schuld. In einer ersten Welle von Hass entlud sich vor allem anti-asiatischer Rassismus, der auch weiterhin virulent bleibt. Immer steht hinter den Krankheitsbildern ein völkisches Konstrukt, bei dem das Individuum in der Volkszelle aufgeht und die Krankheit als Angriff auf den Volkskörper verstanden wird.

Die Coronaleugnung von Esoteriker*innen ist ein weiteres Phänomen. Es zeigt sich in magischem Denken und im Beharren auf eigenen Weltdeutungen. Auch hier ersetzt dies eine emanzipatorische Kritik an Pharmaindustrie und z.B. Akteur*innen wie der Gates-Stiftung. Die antisemitische Verschwörung, die herbeigeredet wird und alte Bilder wie die Entführung von Kindern wiederverwendet, ist fatal. Warum vermeintlich an alternativen Lebensentwürfen und „Liebe“ interessierte Menschen inhaltliche Nähe zur extremen Rechten eingehen, ist nur

Die Irrationalität von Verschwörungserzählungen, die Außenstehenden oft lächerlich vorkommt, ist deshalb gerade keine Schwäche, sondern ein Anreiz – ein ignorantes Verweigern gegenüber der Vernunft.

scheinbar verwunderlich. Auch während des Nationalsozialismus und in völkisch nationalistischen Ideologien allgemein stand und steht eine emotionalisierte und exklusive Verbindung mit Blut und Boden im Zentrum. Alternatives medizinisches Wissen oder Spiritualität sind so, damals wie heute, anschlussfähig oder werden vereinnahmt und in eine Linie mit antisemitischer und rassistischer Ideologie eines heidnischen Paganentums gebracht.

Verschwörungsideologien als geistige Brandsätze ernst nehmen

Der Aufschwung von Verschwörungsideologie in den letzten Jahrzehnten wurde massiv von den Algorithmen sozialer Medien unterstützt. Facebook, twitter und Youtube haben erst an dem Zeitpunkt eingegriffen, als Desinformationen über Corona zu einer Gefahr für die Mehrheitsgesellschaft anwuchsen. Bis dahin wurden jene Thesen per Algorithmus belohnt, die am hass-erfülltesten und für Marginalisierte am gefährlichsten waren. Seitdem mehr interveniert wird, ziehen die Ideolog*innen in Messengerdienste

wie Telegram um. Die dortigen Chatgruppen haben einen noch stärker verbindenden Charakter, weil die Verbreitung von Falschwissen durch bekannte Personen höchst effektiv ist.

Die Vorstellung, dass durch Verschwörungsideologie nur sinnlose Verwirrung ohne politische Konsequenzen entstehe, ist Ausdruck politischen Versagens. Bei dem Attentat in Halle zeigte sich deutlich, wie tödlich sich dieser autoritär-regressive Glaube entladen kann. Antisemitische Gewaltakte nehmen im Laufe des Pandemiejahres 2020 immer mehr zu. So dokumentierte RIAS in Berlin seit März diesen Jahres 75 antisemitische Vorfälle mit explizitem Corona-Bezug. Die Antwort der Linken darauf ist Bestürzung, Ohnmacht, Trauer. Es ist unbedingt nötig, die neuen Erzählungen und Entwicklungen in ihrer historischen Kontinuität nachzuvollziehen. Als Antifaschist*innen und radikale Linke müssen wir Antisemitismus in jeder Form entgegentreten und Verschwörungsideologien als das entlarven, was sie sind: geistige Brandsätze egal ob von Reichsbürger*innen, esoterischen Hippies oder einer rechten Querfront.

von *aze
(*andere zustände ermöglichen)

GESTOHLENE STOLPERSTEINE, BEDROHUNGEN UND BRENNENDE AUTOS

Über die rechten Anschlagsserien in Neukölln

09

Seit Jahren kommt es im Berliner Bezirk Neukölln zu rechten Anschlägen auf Angehörige der bürgerlichen Zivilgesellschaft, linke Aktivist*innen und Lokalpolitiker*innen. Eine Hochphase erlebte diese Serie zwischen 2016 und 2019, mit über 50 Brandanschlägen auf Häuser und Autos sowie an Fassaden gesprühte rechte Morddrohungen und eingeworfene Fensterscheiben. Dieses Vorgehen ist in unterschiedlicher Intensität seit über zehn Jahren von militanten Neonazis des Netzwerks “NW-Berlin” aus Südneukölln zu beobachten, die sich zeitgleich auch in der Neuköllner NPD organisierten. Deswegen wiesen Antifaschist*innen schon früh auf Personen wie Sebastian Thom und Julian Beyer als Tatverdächtige hin. Besonders bezeichnend ist, dass in den beiden Zeiträumen von Thoms Inhaftierung (2014 sowie 2015/16) auffälligerweise keine Anschläge verübt wurden.

Mit dem zunehmenden Bedeutungsverlust der NPD zog es ab 2014 viele Anhänger und Sympathisanten der Südneuköllner Neonaziszene zur AfD, sie wurden Mitglied oder nahmen an Veranstaltungen teil. Der Neuköllner

AfDler Christian Blank ist ein Paradebeispiel dafür. Er stammt aus dem rechten Fußballmilieu Südneuköllns, das seit jeher eng verwoben mit der lokalen Neonaziszene ist und sitzt mittlerweile sogar als Verordneter für die AfD im Bezirksparlament. Über E-Mailverteiler und Chatgruppen des Bezirksverbands tauschten sich die Mitglieder über politische Gegner aus, thematisierten Ende 2016 auch den Rudower Buchladen “Leporello”, weil der eine Veranstaltung zu Rechtspopulismus plante. Zwei Wochen später wurden die Scheiben des Geschäfts eingeworfen, das Fahrzeug des Besitzers in der Folgezeit zwei Mal angezündet. Im Oktober 2017 wetterte die AfD im Bezirksparlament gegen weitere Stolpersteinverlegungen. Kurz darauf wurden Anfang November 16 Steine in Neukölln ausgebuddelt und gestohlen sowie weitere bereits aus ihrem Fundament gelockert. Bei solchen personellen und thematischen Schnittmengen verwundert es nicht, dass ein dritter Hauptverdächtiger der Anschlagsserie bis Anfang 2019 ein führender Funktionär des Neuköllner AfD-Verbands war: Tilo Paulenz, wegen diverser einschlägiger Gewaltdelikte

Bis heute ist die Anschlagsserie zumindest juristisch nicht aufgeklärt. Das liegt auch an der Berliner Polizei, die überhaupt erst durch den öffentlichen Druck von Betroffenen die Serie als solche erkannten und eine Ermittlungsgruppe bildeten

polizeibekannt und in Südneuköllns Neonaziszene und rechtem Fußballmilieu bestens vernetzt.

Ebenfalls polizeibekannt, jedoch in einem anderen Wortsinn ist Detlef Moritz, Mitglied der Neuköllner AfD und Polizist. Er war bis 2019 Wachleiter in einem Polizeiabschnitt. Hat er die Täter möglicherweise mit Informationen aus Polizeidatenbanken versorgt? Nach derzeitigem Stand flossen zumindest interne polizeiliche Informationen zum Anschlag auf den Breitscheidplatz via Chatgruppe an seine AfD-Kollegen.

Bis heute ist die Anschlagsserie zumindest juristisch nicht aufgeklärt. Das liegt auch an der Berliner Polizei, die überhaupt erst durch den öffentlichen Druck von Betroffenen die Serie als solche erkannten und eine Ermittlungsgruppe bildeten.

Diese 2017 eingesetzte Einheit "Rechte Straftaten in Neukölln" (EG RESIN) bearbeitete die Fälle nun gebündelt. Und auch der Verfassungsschutz observierte die Neonazis und hörte ihre Telefone ab. Dabei fiel ihnen zwar auf, dass Thom und Paulenz einen Lokalpolitiker der

Linkspartei beschatteten und dessen Wohnort und Fahrzeug auskundschafteten, unternahmen wie auch die informierte EG RESIN jedoch nichts. Weder wurde der Politiker gewarnt, noch die Neonazis am weiteren Vorgehen gehindert. Es kam so, wie es abzusehen war: In der Nacht zum 1. Februar 2018 wurde der Wagen neben dem Wohnhaus angezündet. Nur durch Glück wurde eine dort verlaufende Gasleitung vom Feuer nicht erreicht. In der gleichen Nacht brannte zudem erneut das Fahrzeug des "Leporello"-Besitzers. Daraufhin folgten zwar Durchsuchungen bei Thom und Paulenz, handfeste Beweise fanden sich jedoch keine.

Auch darüber hinaus ergeben die Maßnahmen wenig, es werden lediglich weitere Auskundschaftungen von politischen Gegnern beobachtet. "Immer, wenn es Observationen gab, haben sich die beiden Hauptverdächtigen auffällig zurückgehalten", lässt sich ein Berliner Verfassungsschützer zitieren, die ebenfalls die Verdächtigen überwachten. Der Satz wirft die Frage auf, die viele Betroffene mittlerweile umtreibt, nämlich ob es nicht ein Leck in den Behörden gibt. Ein weiterer Vorgang im März 2018, der erst später bekannt wurde, untermauert diese Sorge: Durch einen Zufallsfund, der Verfassungsschutz hatte eigentlich woanders einen Neonazi beschattet, der dann überraschend nach Neukölln fuhr, wurde ein Treffen von Neonazis in der Kneipe "Ostburger Eck" aktenkundig. In der Gruppe befanden sich nicht nur Sebastian Thom, sondern auch Andreas W., Angehöriger des LKA 64, zuständig für Observationen. Laut der Beobachtung verließen Thom und W. sogar gemeinsam die Kneipe und fuhren mit dem Auto des Polizisten davon. Aufgrund der öffentlichen Empörung über die Vorgänge sah sich Innensenator Geisel im Mai

2018 genötigt, die Ermittlungen durch eine „Besondere Aufbauorganisation“ (BAO) mit dem Namen „Fokus“ untersuchen zu lassen. Laut Geisel sollten „unabhängige Ermittler alle vorliegenden Akten und Untersuchungsergebnisse anschauen und die Vorgänge aufarbeiten“. Das Problem allerdings, die Behörde untersuchte sich selbst, attestierte sich, alles richtig gemacht zu haben und fand natürlich keine Verwicklungen von Polizisten in der Serie.

So heißt es in einem Bericht der BAO, dass es „keinen Hinweis auf missbräuchliche Datenabfragen“ durch Polizisten gäbe. Zwei Betroffene, die kurz nach einem Umzug 2018 rechte Morddrohungen an ihrer Hausfassade fanden, baten die Berliner Datenschutzbeauftragte nach genau solchen Abfragen bei der Polizei zu ermitteln. Und die fand, anders als die BAO behauptet, sehr wohl dubiose Abfragen in der Polizeidatenbank durch mehrere Beamte, die sich nicht „nachvollziehbar dienstlich begründen“ ließen. Einer weiteren Aufklärung verweigerte sich die Polizei bislang.

Auch die Tatsache, das Paulenz 2017 nach einer Zeugenvernehmung wegen eines Vorfalls an einem Infostand zu einem Parteikollegen freudig schrieb: „Also der Staatsanwalt ist auf unserer Seite, der ist AfD-Wähler“, wurde erst durch die Anwältin eines Betroffenen bekannt. Bei der Auswertung von Paulenz’ beschlagnahmten Handy wurde dieser Chat gefunden und sang und klanglos in den Akten abgeheftet. Erst die Nebenklageanwältin hatte bei der Akteneinsicht den Chatverlauf entdeckt und die Generalstaatsanwaltschaft informiert. Die reagierte und versetzte den Beamten, denn es handelte sich bei diesem Staatsanwalt nicht um irgendwen, sondern um den Leiter der politischen Abteilung bei der Berliner Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Matthias Fenner. Der war zuständig für alle als politisch eingestuft Verfahren in Berlin, somit auch für die Neuköllner Anschlagsserie. Von Kollegen als „stramm rechts“ beschrieben und bekannt für Repression sowie abenteuerliche Verfahrenskonstrukte gegen Linke, dürfte der Vorgang kaum überraschen.

Immerhin fiel den Ermittlern der BAO auf, das rechter Terror in Neukölln eine Kontinuität hat und nicht erst 2016 begann. Über ältere Ermittlungsverfahren mit ähnlichem Vorgehen zogen sie nun den ehemalige Neuköllner

NPD-Kandidaten Julian Beyer als möglichen Täter in Betracht. Wie bereits geschrieben, Antifaschist*innen thematisierten ihn schon Jahre zuvor.

Ende September diesen Jahres legte die BAO Fokus ihren Abschlussbericht vor. Erwartungsgemäß kam es zu keinem Durchbruch in den Ermittlungen. Obwohl Betroffene schon länger einen Untersuchungsausschuss fordern, will Innensenator Geisel jetzt die Anschlagsserie durch eine Sonderkommission untersuchen lassen. Angeblich sei wegen laufender Ermittlungen ein Untersuchungsausschuss garnicht möglich. Merkwürdigerweise waren zeitgleiche Ausschüsse sowohl 2016 nach dem islamistischen Anschlag auf dem Breitscheidplatz als auch im Bundestag und mehreren Bundesländern nach der Selbstenttarnung des NSU 2011 sehr wohl machbar. In Berlin steht ein geforderter parlamentarischer NSU-Untersuchungsausschuss zudem weiterhin aus. Hier fehlt offenbar vor allem der politische Wille zur Aufklärung. Dafür steht auch eine Personalie der Sonderkommission: Mit Herbert Diemer ist ein ehemaliger Bundesanwalt Teil des Gremiums, der als Chefankläger im NSU-Verfahren auftrat und dabei alles mögliche unternahm, die Aufklärung im Prozess um das NSU-Netzwerk zu verhindern.

IMPRESSUM

IMPRESSUM

Die Broschüre zu dem Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 wird herausgegeben von einem antifaschistischen Bündnis - <http://9november.blogspot.eu>

Die Beiträge im Heft spiegeln nicht unbedingt die Meinung des gesamten Bündnisses und der Verteiler*innen wieder. Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an die Adressat*innen Eigentum der Absender*innen.

Wir verwenden vorwiegend die geschlechtsneutralen Formen „*innen“ und „_innen“ um neben dem männlichen Geschlecht und weiblichen Geschlecht auch Menschen die sich nicht in zweigeschlechtliche Raster einfügen (wollen), zu repräsentieren.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist M. Meier, Alt Moabit 25, 10555 Berlin

UNTERSTÜTZENDE GRUPPEN:

andere Zustände ermöglichen [AZE] - <https://aze.tem.li>

Autonome Neuköllner Antifa [ANA] - <https://www.antifa-neukoelln.net>

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe [EAG] - <https://eag-berlin.tem.li>

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V. [VVN-BdA] - <https://berlin.vvn-bda.de>

Theorie, Kritik & Aktion | Berlin [TKA] - <https://tka.tem.li>

»Dann kam die ‚Kristallnacht‘. Niemand wusste was Genaues ... wir wussten, sie würden irgendetwas tun, aber dass es annähernd so etwas geben würde wie die ‚Kristallnacht‘, hatte man sich in seinen schlimmsten Träumen nicht vorstellen können. Es war schrecklich. Die Situation veränderte sich von einem Moment zum Nächsten.«

Benjamin Sommer,
Yad Vashem Archiv VD 1366.